

Riefaer Tageblatt

Verantwortlich:
Lageblatt Riefa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Stadtblatt und Anzeiger).

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefen befähigter bestimmter Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1550,
Strolacher:
Riefa Nr. 52.

Nr. 160.

Montag, 11. Juli 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Postgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Leichter, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riefa.

24 Stunden nach Lausanne.

Kalkulationen und Prophezeiungen. Aus allen Lagern. Das große Rechnen beginnt.

Die Rieße, die Herriot je einer deutschen und einer französischen Journalistin auf die farbenprägenden Bänken drückte, und die Sehler der Erleichterung, die die Kämpfer nach der Entscheidung von sich gaben, der feierliche und freudenschallende Akt der zur Unterzeichnung geschwungenen Goldfäden... das ist nun schon Vergangenheit. Die Gegenwart wird ausgefüllt mit Kalkulationen, Kombinatorik und Prophezeien.

Wohin man hört und wo man fragt, stößt man zunächst auf Kalkulationen, denn man hat allmählich gelernt, daß nichts unberechenbarer ist, als die Irrlogik der angeblich so logischen politischen Entwicklung. Und wenn man prophezeit, so tut man es vorsichtshalber nur unter dem Deckmantel der Anonymität.

In der Wilhelmstraße.

Im offiziellen Bereich der Wilhelmstraße war man schon 24 Stunden vor dem Abschluß heilig geworden, sah ungefähr, was kommen würde und machte sich auch schon auf das Echo gefaßt, das im Reich darauf folgen würde. Man bedauert mit allen Kritikern, daß nicht mehr zu erreichen war, aber man ist, so schwierig sich nun auch die innerpolitische Konstellation gestaltet, nicht überrascht. Nicht nur die zahlenmäßige Progression des Lastenabbaues zugunsten Deutschlands liegt im großen und ganzen auf der in allen Jahren bisher befolgten Linie, sondern auch die Art der innerpolitischen Reaktion, mit der Konferenzkämpfer, die ihr Weites getan haben, sich nun einmal abzufinden haben. Man behält im Auge, was nicht erreicht werden konnte und weiß, daß man noch weiter hart zu kämpfen haben wird.

Die Kreise um Papen.

Es ist nicht leicht, in diesen Stunden jemanden zu finden, der sich zu Papen, seiner Verhandlungsstaktik und dem von ihm erzielten Resultat bekennt. Der Kanzler, der in Lausanne noch das stolze Wort ausprühte: „Was ich unterschreibe, das unterschreibt das nationale Deutschland“, steht sich im Augenblick nahezu von allen verlassen. Immerhin behalten die Eingeweihten kühles Blut. Wenn die Kommentierung eines solchen Konferenzergebnisses mit der schon weit fortgeschrittenen Verschärfung eines Wahlkampfes zusammenstößt, so kann man auf nüchternen und ruhigen Bewertung nicht rechnen. Männer, die Herrn von Papen auf kennen und während der Lausanner Kämpfe Fühlung mit ihm gehabt haben, wissen aber zu berichten, daß er seinem Vorgänger schon mancherlei abgeben hat. Papen hat in Lausanne nicht so gewaltig die Mächtigkeiten, die unter den auf einer solchen Konferenz herrschenden Umständen den zunächst von grundsätzlicher Unbedingtheit entlassenen Staatsmann auf den Weg drängen, wo Politik zur Kunst des Möglichen wird.

Im Zentrumslager.

Die alten und neuen Freunde Brünings — man verachtet meistens in Zentrumskreisen, daß der Verlauf der Konferenz von Lausanne Brünings eine ganze Reihe bedeutender Persönlichkeiten angeführt habe, die bislang an ihm gezweifelt hatten — republikaner kurz und knapp die Kritik, die man während der drei Lausanner Wochen von ihnen gehört hat und die sie jetzt bekräftigen. Angesichts der beinahe beispiellosen innerpolitischen Situation aber, die jetzt durch den plötzlichen allgemeinen Aufbruch gegen Papen entstanden ist, denkt man sich doch schon wieder auf die voraussichtlichen Notwendigkeiten der nahen Zukunft. Man stellt Herrn von Papen bereits auf den Kurs und die Linie Brünings einzuweisen und erhebt in diesem Augenblick berechtigterweise noch einmal die Frage nach dem Warum? dieses Kabinettswechsels, der so gar nichts von dem gehalten habe, was er und was man sich von ihm insbesondere auf der Rechten versprochen.

Export und Uebersee-Handel.

Die Wirtschaftswelt prüft naturgemäß zu allererst die ziffermäßigen Auswirkungen, und wenn man dem auch sonst als maßgeblich angesehenen Inhaber eines bekannten Exporthauses glauben kann, so fühlen sich die Export- und Uebersee-Handelskreise von einem schweren aktuellen Druck befreit, dafür aber um einige zukünftige Sorgen reicher. Man hatte sich keinem Zweifel darüber hingegen, daß ein Aufheben der Konferenz von Lausanne das vorläufige Ende des Export- und Uebersee-Handels bedeutet haben würde. Mit der daraus notwendig resultierenden Einstellung aller Zahlungen wäre unzweifelhaft die Verschärfung der deutschen Guthaben im Ausland (oder etwas Ähnliches) verbunden gewesen, so daß fürs erste jede weitere Möglichkeit des Warenverkehrs abgebrochen worden wäre. Diese Gefahr ist nun beseitigt; man kann sogar auf eine, wahrscheinlich aber nur mäßige, Belebung der Konjunktur rechnen. Man macht sich aber Sorgen darüber, ob nach Ablauf der drei Ruhejahre die neuerlich einsetzende Belastung der deutschen Wirtschaft nicht neue Gefahren heraufbeschwören wird. Man empfindet die Lausanner Regelung — ganz abgesehen von allem Politischen — als etwas höchst Vorläufiges, dessen allerdringendste Ergänzungen zunächst von der Weltwirtschaftskonferenz dieses Jahres (mit einiger Skepsis) erwartet werden.

Banken und Börsen.

Bank- und Börsenleute haben in den 24 Stunden nach dem Lausanner Abschluß wenig oder gar keine Zeit. Sie haben alle Hände voll zu tun, um die fallenden Früchte der steigenden Kurse zu ernten. Damit ist schon gesagt, was Lausanne für sie bedeutet. Der psychologische Einbruch, der

Schlagworts vom „Ende der Reparationen“ ist stark genug, um die Kurse erheblich zu befeuchten. Es wird darauf aufmerksam, ob diese psychologische Anregung sehr nachhaltig und von weiten Kreisen mit erheblichen Geldmitteln ausgeschachtet wird. Ist das der Fall, so wird eine Augenblicks-kaufe entstehen, deren Rückschlag dann wiederum nicht unbedenklich sein würde. Selbstverständlich empfindet man die Wiederherstellung der Autonomie bei Reichsbahn und Reichsbank als eine außerordentlich wichtige Errungenschaft, die sich auch auf dem Arbeitsmarkt und zahlreichen Industriezweigen auswirken dürfte, allein da diese Autonomie erst nach der Ratifizierung des Lausanner Abkommens Wirklichkeit werden wird, und da bei Banken und Börsen noch weniger Leute als in der Politik zu lazen sich getrauen, mer in Deutschland und wie man in Deutschland die Ratifizierung durchsetzen will, so schwingt doch eine gute Portion Skepsis in allen Reaktionen mit.

Was bleibt nun noch zu zahlen?

Theoretisch und falls die angenommene Summe von 3 Milliarden RM. vom Weltmarkt placiert würde, entstünde für Deutschland aus den Lausanner Abmachungen eine jährliche Verpflichtung von circa 180 Millionen RM. für die Dauer von 37 Jahren. Das wären ca. 6,7 Milliarden RM. Tatsächlich wird diese Summe nicht so hoch sein; jeden-

falls bleibt Deutschland in Bezug auf diese Lausanner Verpflichtung eine Ruhezeit von 3 Jahren. Allein inzwischen und weiterhin ruhen auf Deutschland folgende Verpflichtungen: Zahlungen an Amerika für Entschädigung privater Kriegsschadender bis 1931 alljährlich 408 Millionen RM., an Amerika für Belohnungsdarlehen alljährlich bis 1936 25,3 Millionen RM., an Belgien (Markforderungen) alljährlich bis 1936 2,8 Millionen RM., an Zinsen für die Dawes-anleihe alljährlich bis 1940, allerdings allmählich abnehmend, zunächst noch 55,0 Millionen RM., an Zinsen für die Young-anleihe alljährlich bis 1965, aber auch allmählich abnehmend 30 Millionen RM. Das sind also insgesamt alljährlich noch Zahlungen von mehr als einer Viertelmilliarde RM. für ausgeprochen politische Schulden. Dazu kommt eine Belastung Deutschlands mit dem Dienst für private Auslandsschulden in Höhe von nahezu anderthalb Milliarden RM. Deutschland muß also immer noch auf lange Zeit alljährlich nicht viel weniger als 2 Milliarden RM. aufbringen, um all seinen Verpflichtungen dem Ausland gegenüber gerecht zu werden. Unter diesen Umständen wird man annehmen dürfen, daß der in Lausanne akzeptierte Betrag von drei Milliarden RM. gar nicht ganz in den Jahren 1935/47 in der vorgezeichneten Form von Bonds am Weltmarkt untergebracht werden können, also dann zugunsten Deutschlands verfällt.

Der Reichskanzler berichtet.

Donnerstag Bericht in Neudeck.

Rückkehr der deutschen Delegation aus Lausanne.

Die deutsche Delegation aus Lausanne ist Sonnabend nachm. 13,45 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge wieder in Berlin eingetroffen. Zum Empfang hatten sich Reichstunnenminister v. Gahl und eine Reihe weiterer Vertreter der Reichsministerien auf dem Bahnhof eingefunden. Beim Verlassen des Zuges wie am Ausgange des Bahnhofes wurde der Reichskanzler vom Publikum mit Beifallsrufen und Bravourrufen begrüßt.

Donnerstag Berichterstattung in Neudeck.

Berlin. Wie wir erfahren, steht nunmehr fest, daß Reichskanzler v. Papen dem Reichspräsidenten am Donnerstag über Ergebnisse und Verlauf der Lausanner Konferenz Bericht erstatten wird. Der Kanzler beabsichtigt, am Mittwoch abend nach Neudeck zu reisen.

Lausanne vor dem Reichskabinet.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, ist das Reichskabinet heute vormittag um 10 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. An der Sitzung nahmen alle Minister teil mit Ausnahme des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath, der bekanntlich erst nach Genf gefahren ist, und des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk, der zunächst einen Urlaub angetreten hat. Die Kabinettsitzung galt der Besprechung von Lausanne. Zunächst erhaltete der Reichskanzler Bericht über die Einzelheiten des Konferenzverlaufs und des Vertrages. Im Anschluß an die Kabinettsitzung wird um 12 Uhr die Presse vom Reichskanzler empfangen.

In der Kabinettsitzung sprach nach dem Bericht des Reichskanzlers über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Lausanne der Reichsminister des Innern im Namen der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des Reichskabinetts dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Delegation den herzlichsten Dank für die geleistete Arbeit aus. Die anschließende Beratung ergab die völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts.

Reichskanzler von Papen vor der deutschen Presse.

Das Reichskabinet einstimmig für Lausanne.

Berlin. (Funkpruch.) Reichskanzler von Papen empfing heute vormittag die Vertreter der deutschen Presse, um ihnen die Einzelheiten des Lausanner Ergebnisses vorzutragen. Dabei kündigte der Reichskanzler an, daß es jetzt darauf ankomme, durch innere Maßnahmen, die die Reichsregierung von sich aus unverzüglich ergreifen werde, das moralische Ergebnis des Lausanner Vertrages auf die Elemente der deutschen Wirtschaft zu übertragen. Das Kabinet sei einstimmig der Ansicht, daß kein anderer Weg von uns beschritten werden könne.

Reichskanzler von Papen erklärte einleitend, daß es ihm ein Bedürfnis sei, der deutschen Presse in der ersten möglichen Minute nach seiner Rückkehr die noch notwendigen Aufklärungen über die Bedeutung und die Notwendigkeit des in Lausanne erreichten Akkords zu geben.

Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß die Entscheidung über eine endgültige Regelung der Reparationsfrage oder ein Scheitern der Konferenz mit allen seinen Folgen einer weiteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und damit einer weiteren Einengung der Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes niemals von innerpolitischen Erwägungen aus getroffen werden konnte. Dafür konnten vielmehr nur Erwägungen maßgebend sein, die die Gesamtlage des deutschen Volkes betreffen. Es ist ja nicht so gewesen, fuhr der Reichskanzler fort, wie das die deutsche Öffentlichkeit seit langem

angenommen hat, als ob wir etwa 100 Meter vor dem Ziele einer Lösung gestanden hätten, die einen glatten Zirkel durch unsere doch vor erst 2 Jahren feierlich gegebene Unterschrift zur Leistung von über 35 Milliarden mit einer jährlichen Zahlung von fast 2 Milliarden bedeuteten. Gewiß haben die Zahlungen ergeben, daß dieser vor erst 2 Jahren von uns unterschriebene Vertrag unerfüllbar ist, aber ebensowenig wie wir mit einem einseitigen Akte die von früheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterpflichten auslösen können, ebensowenig war es mit den feierlichen Verpflichtungen möglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des deutschen Volkes eingegangen sind. Die heutige Regierung hatte nicht einfach eine Lage zu liquidieren, die von allen früheren Regierungen seit der Unterschrift unter dem Versailles Vertrag geschaffen worden ist.

Die Frage, ob diese Lage dadurch liquidiert werden kann, daß Deutschland die Gültigkeit seiner Unterschrift in Abrede stellt, und sich damit gleichsam außerhalb der für Kultur- und Rechtsstaaten geltenden Normen stellt, muß ich mit einem glatten Nein beantworten.

Wo blieb für ein großes Volk von Weltachtung nur der Weg von Verhandlungen auf Grund tatsächlicher feierlicher Gegebenheiten. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege ein Resultat erzielt haben, das allerdings einen sehr großen Fortschritt bedeutet. Der Fall von Lausanne, fuhr der Reichskanzler fort, bedeutet das völlige Ende des Systems der Reparationen, der einseitigen Zahlungen ohne Gegenwert, die Abkündigung der großen Gefahr des Transfers — sie bleibt für private Verpflichtungen noch bestehen —, sie bedeutet die Beendigung eines Systems, welches die Weltwirtschaft in ein ungeheures Chaos stürzt hat.

Der Reichskanzler unterstrich weiter, daß die Durchführung der Lösung von Lausanne eine wirtschaftliche Befreiung Deutschlands und der Welt geradezu zur Voraussetzung hat. Nach dem Urteil der Sachleute sei es höchst zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Bonds in Höhe von 3 Milliarden in dem vorgeschlagenen Zeitpunkt auf dem Weltmarkt unterzubringen. Wenn das aber doch gelingen sollte, so bedeutet das, daß Deutschland sein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in jeder Beziehung völlig wiedergewonnen hat.

Weiter wies der Reichskanzler darauf hin, daß mit dem Youngplan auch das vielerörterte Kapitel gefallen ist, das sich mit der Sanktionsfrage befaßte. Wäre es in Lausanne zu einem Mißerfolg gekommen, so hätten wir doch die Verpflichtungen aus dem Hooverjahr gehabt und zwar 10 Jahre lang 190 Millionen. Diese gelegliche Verpflichtung wäre bei einem Scheitern der Konferenz ohne weiteres in Kraft geblieben. Weiter sei nicht zu übersehen, daß dem Reich mit der Beendigung des Reparationsystems die volle Souveränität über die Reichsbahn und die Reichsbank wiedergegeben wird. Hinsichtlich der noch zu treffenden Bestimmungen über die den Besitzern der Younganleihe vertraglich bereits geschafften Sicherungen werden sich die Trennhänder dieser Anleihe und die deutsche Regierung bezüglich der notwendigen Vereinbarungen noch auseinandersetzen.

Von den finanziellen Fragen kam der Reichskanzler auch auf die politischen Vorarbeiten zu sprechen, deren Vergewaltigung mit dem Reparationsproblem man der deutschen Delegation vorgeworfen habe. Hierzu stellte der Reichskanzler von Papen fest: Wäre es möglich gewesen, bei der letzten internationalen Konferenz, die sich mit der endgültigen Beseitigung des Systems der Reparationen befaßte, nicht auch zugleich die Fragen der Reparationen, die die moralische Voraussetzung unserer ehemaligen Feinde für die Aufhebung der ganzen Tributzahlung und Diskrimination für Deutschland gewesen ist? Es ist doch selbstverständlich, daß mit den Reparationen auch ihr moralischer Vorwand beseitigt werden muß. Auch jede andere zusammengelegte deutsche Delegation hätte einen solchen Versuch machen müssen. Dabei bin ich selbstverständlich mit Ihnen der Ansicht, daß die Kriegsschuldfrage als solche von der